

ZIVI-ERSATZ

Freiwilligendienst ohne Freiwillige

Bald startet der Bundesfreiwilligendienst. Während sich Ministerin Schröder dafür feiern lässt, herrscht bei den Einsatzstellen Chaos und Bewerbermangel.

VON Britta Beeger | 23. Mai 2011 - 16:39 Uhr

© Friso Gentsch / dpa



Eine Pflegekraft hilft einer Bewohnerin in den Räumlichkeiten der Alexianer-Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte in Münster beim Einnehmen einer Mahlzeit.

Kristina Schröder strahlte über das ganze Gesicht. Dutzende Fotografen und Kamerteams waren ins Familienministerium in Berlin gekommen, wo die CDU-Ministerin den Bundesfreiwilligendienst (BFD) präsentierte. Er soll ab 1. Juli den Zivildienst ersetzen. "Ich möchte damit eine neue Kultur der Freiwilligkeit in Deutschland schaffen", sagte Schröder. Fünf junge Männer hatte sie um sich versammelt, die symbolisch ihre Verträge unterzeichneten. Eine schöne Inszenierung.

Eine Woche ist das jetzt her, aber Egon Graf machen diese Bilder immer noch wütend. Der 56-Jährige würde sehr gerne die ersten Freiwilligen einstellen. Seit mehr als 30 Jahren leitet er das Kinder- und Jugenddorf St. Heribert in Leichlingen in der Nähe von Köln, wo Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen leben. Drei Zivis begleiteten hier bislang die Kinder zum Arzt, zur Therapie und in die Schule, jetzt sollen BFDler diese Aufgaben übernehmen. Doch die Verträge, die die Familienministerin so medienwirksam unterschrieben hat, gibt es in Wirklichkeit noch gar nicht. "In sechs Wochen soll es losgehen, aber ich kann bis heute niemanden einstellen", klagt Graf. "Wichtige finanzielle Details sind noch nicht geklärt."

So wie beim Kinder- und Jugenddorf in Leichlingen ist die Verunsicherung auch in vielen anderen Einrichtungen groß: Krankenhäuser, Altenheime, Behinderteneinrichtungen, Schulen, Museen und Sportvereine, die 55 Jahre lang Zivis eingesetzt haben, sollen nun

plötzlich Freiwillige für das neue Programm einstellen. Das Problem: Sie wissen noch immer nicht, wie hoch die Zuschüsse des Bundes genau ausfallen werden.

"Maximal 330 Euro Taschengeld" sollen die Einrichtungen den Freiwilligen zahlen – aber wie viel davon bekommen sie erstattet? Für viele Träger bedeutet diese Unklarheit ein finanzielles Risiko: Versprechen sie den Freiwilligen jetzt mehr, als sie aus Berlin erstattet bekommen, bleiben sie auf den Kosten sitzen. Gerade kleinere Einrichtungen, die knapp kalkulieren, könnte das in finanzielle Bedrängnis bringen.

Ursache des Problems ist das Kindergeld, auf das die BFDler, anders als ursprünglich geplant, jetzt doch Anspruch haben sollen. Im Gegenzug soll das Taschengeld gekürzt werden, in welcher Höhe ist aber noch unklar. "Wir wissen nicht, wie viel wir den Freiwilligen auszahlen können", sagt Simon Rapp, Vorstand der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Freiwilligendienste. "Wir drängeln und verhandeln, aber uns fehlt noch immer jegliche Planungssicherheit." Auch bei der Diakonie wartet man nach wie vor auf konkrete Zahlen. 7000 Stellen will der evangelische Wohlfahrtsverband zum 1. Juli mit BFDlern besetzen – eigentlich. "Wir sitzen auf glühenden Kohlen", sagt Rainer Hub, Referent für freiwilliges soziales Engagement und Zivildienst. "Unsere Einrichtungen wollen endlich Verträge abschließen."

Für solche Sorgen hat man im Familienministerium wenig Verständnis. Alle Einsatzstellen seien umfassend informiert worden, durch Informationsschreiben, einen eigens erstellten Newsletter, Materialien im Internet und persönliche Gespräche, sagt eine Sprecherin. Der Bund fördere die Freiwilligendienste künftig mit 350 Millionen Euro im Jahr. Wie viel jede Einrichtung pro Stelle erstattet bekommt, sagt die Sprecherin nicht. Sie sieht die Einrichtungen in der Verantwortung: "Das Taschengeld beim Bundesfreiwilligendienst wird nicht durch den Bund vorgegeben, sondern frei zwischen Einsatzstellen und Freiwilligen vereinbart. Verträge mit Freiwilligen können schon jetzt abgeschlossen werden."

Dem steht aber auch noch ein weiteres Problem im Weg: Die Einrichtungen müssen diese Freiwilligen erstmal auftreiben – und zwar innerhalb von sechs Wochen. Der Zeitraum für die Umsetzung sei viel zu kurz, findet die Opposition. "Es ist für die Einsatzstellen extrem schwierig, in so kurzer Zeit ausreichend Freiwillige zu finden", sagt Caren Marks, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. "Da hilft auch keine hektisch aus dem Boden gestampfte Werbekampagne des Bundesfamilienministeriums." Das Ministerium wehrt sich: Zwar könne man derzeit noch nicht sagen, wie viele Bundesfreiwillige es gibt. 14.300 Zivildienstleistende hätten sich aber schon bereit erklärt, sich auch über den 30. Juni hinaus freiwillig zu engagieren. "Das ist ein außerordentlich positives Signal", sagt eine Sprecherin.

So optimistisch wäre Pfarrer Dirk Bingener auch gerne. Als Vorsitzender des Vereins Freiwillige Soziale Dienste in Köln organisiert er das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) für katholische Einrichtungen im Erzbistum Köln und soll sich nun auch um die BFD-Plätze

kümmern. Bingener hofft auf 500 Freiwillige, 250 Bewerbungen hat er bisher bekommen: "Darunter sind genau fünf Bewerber für den BFD", sagt er. "Es weiß einfach niemand, was das überhaupt ist." Auch bei der Diakonie gibt es lange nicht so viele Bewerber wie Plätze. 7000 BFDler bräuchte der Wohlfahrtsverband, um die Zivildienstleistenden zu ersetzen. Inzwischen wäre er auch mit der Hälfte schon zufrieden, sagt Referent Hub.

Die Konsequenz: Viele Trägervereine vermitteln junge Leute kurzerhand verstärkt ins FSJ. Dieses wird, anders als der BFD, von den zivilgesellschaftlichen Trägern organisiert und vom Bund nur finanziell unterstützt. 55.000 Anträge auf Förderung für FSJ-Plätze gibt es bundesweit schon jetzt – so viele wie noch nie. In den letzten Jahren waren es um die 35.000. Doch auch hier lauert ein finanzielles Risiko: ob die Plätze auch alle gefördert werden, ist noch unklar. Denn Familienministerin Schröder hofft zwar auf insgesamt 70.000 Freiwillige – davon sollen jedoch je die Hälfte FSJler und BFDler sein.

Auch Kinderheim-Leiter Graf aus Leichlingen wird wohl keine andere Wahl bleiben, als vorerst auf FSJler zu setzen. "Bei uns gibt es immer viel zu tun, wir sind auf die Freiwilligen angewiesen", sagt der 56-Jährige. Seit einem Dreivierteljahr macht er deshalb Werbung für den BFD, schaltet Anzeigen in Zeitungen, gibt Interviews. Die Resonanz: Ein einziger Junge aus der Nachbargemeinde hat sich bislang gemeldet. Doch als Graf ihm keine genauen Informationen geben konnte, ist auch er wieder abgesprungen.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-05/freiwilligendienst-bewerber>